

Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreise: Einzelnummer 25 Pf. Durch Ansträger 1,40 Mk. für die Woche, 6,10 Mk. für den Monat. Durch die Post 6,10 Mk. für den Monat. Postfachkonto: Nr. 23885, Sozialistischer Verlag e. G. m. b. H., Breslau. Fernsprech-Anschluss: Ring Nr. 8837.

Sonntag, 27. Februar 1921

Anzeigenpreise: Die 8 gespaltene Mittelzeile oder deren Raum 6,80 Mk., auswärts 9,80 Mk. Stellen- und Wohnungsangebote, Familiennachrichten, Vereins- und Verbandsangelegenheiten, 4,40 Mk. Reklame: Die Mittelzeile, 3 Spalten oder deren Raum im Text 2,- Mk.

Arbeitsgemeinschaft London—Amsterdam.

Der Präsident der Amsterdamer Internationale für die Arbeitsgemeinschaft.

Der „Manchester Guardian“ veröffentlicht eine Unterredung mit S. P. Thomas, dem Vorsitzenden des englischen Eisenbahnverbandes, der zugleich der maßgebende Führer der englischen reformistischen Gewerkschaftsbürokratie ist und auf dem letzten Londoner Kongress der Amsterdamer Internationale zu ihrem Präsidenten gewählt wurde. Wenn ein Mann, so ist Thomas dazu berufen, die Grundgedanken der Amsterdamer Internationale kundzutun. Thomas sprach sich mit dem Korrespondenten des „Manchester Guardian“ über die Zukunft der englischen Eisenbahnen aus, die bekanntlich noch in der Hand privater Unternehmungen sind. Als einzige Lösung aller Schwierigkeiten der Gegenwart empfiehlt Thomas die Arbeitsgemeinschaft zwischen Kapital und Arbeit. Er fordert, daß die Arbeitervertreter Anteil an der Verwaltung der Eisenbahnen erhalten sollen. Er gibt freilich zu, daß solche Arbeiter, die unbedingt für den Klassenkampf sind, nichts von einem Zusammenarbeiten mit den Kapitalisten wissen wollen. Thomas meint, daß diese Haltung der Revolutionäre von ihrem Standpunkt aus ganz verständlich sei. „Aber“, fuhr er wörtlich fort, „wenn auf der anderen Seite ein besseres und gesünderes Verhältnis und ein engeres Zusammenarbeiten zwischen Kapital und Arbeit angestrebt wird, welches Mittel könnte dafür besser sein, als das, daß die Unternehmer die Arbeiter ganz in ihr Vertrauen ziehen? Viele unserer Schwierigkeiten werden dadurch verursacht, daß wir den Standpunkt der Unternehmer nicht richtig verstehen. Und wenn man aus nun die Gelegenheit verliert, diesen Standpunkt wirklich kennen zu lernen, kann man sich da wundern, daß Fehler gemacht werden? Dasselbe gilt aber auch auf der anderen Seite für die Arbeitgeber. Ich möchte entschieden betonen, daß unsere Auffassung von dem Anteil an der Industrieverwaltung nicht so ist, daß diese Arbeitervertreter sich einfach als Gewerkschaftsdelegierte fühlen, deren einziges Interesse auf die Löhne und Arbeitsbedingungen der Arbeiter gerichtet ist. Wir wollen Größeres als das. Wir wollen eine ehrliche Mitarbeit praktischer Männer bei der Lösung der Schwierigkeiten, die der Industrie im ganzen erwachsen. Und in diesem Geiste stelle ich meine Forderung.“

Hier hat der berufsmäßige Vertreter der Amsterdamer Internationale klar ausgesprochen, daß Amsterdam nicht die Interessen des Proletariats, sondern der Kapitalisten vertritt, daß es nicht die Beseitigung, sondern die Erhaltung des Kapitalismus anstrebt.

Die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale erwartet Berücksichtigung in London

dadurch, daß sie noch immer im „Namen von 25 Millionen organisierter Arbeiter“ an Herrn Minister Lloyd George in London folgendes Schreiben richtet:

Erzelling!

Das Büro des Internationalen Gewerkschaftsbundes, das im Namen von 25 Millionen organisierter Arbeiter spricht, erachtet es für nötig, bei Beginn der Beratungen der Vertreter der verschiedenen Regierungen über die an Deutschland zu stellenden Forderungen, betreffend die Wiedergutmachung, die Aufmerksamkeit dieser Vertreter auf die Forderungen zu lenken, die die Arbeiter hinsichtlich der Durchführung des Friedensvertrages zu wiederholten Malen dem Obersten Rat des Völkerbundes bekanntgegeben haben, sowie auf die vom Internationalen Gewerkschaftskongress in London vom November vorigen Jahres angenommenen Resolutionen, betreffend den Wiederaufbau Europas und die Kohlenlieferungen Deutschlands.

Die organisierten Arbeiter erachten eine Schadensvergütung durch Deutschland für notwendig und gerechtfertigt; sie protestieren jedoch gegen Forderungen, die die Arbeiter Mitteleuropas eine volle Generation hindurch in Sklaverei stürzen, den wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas verhindern, den Haß zwischen den Völkern verschärfen und die Kultur vernichten würden.

Das Büro fordert von der internationalen Botschafterkonferenz die Feststellung einer gerechten Schadensvergütung unter Berücksichtigung dieser Erwägungen und der Resolutionen des Londoner Kongresses.

Für das Büro: J. Dubegeest, Sekretär.

Wir erinnern Sie an den Brief Sinowjews, meine Herren, den er an Sie aus Moskau am 27. Januar 1921 gerichtet hat:

„Sie erklären, daß Sie im Namen von nicht weniger als 30 Millionen organisierter Arbeiter sprechen. Erlauben Sie mir, das nicht zu glauben. Sie, meine Herren, können mit demselben Recht sagen, daß Sie im Namen von 30 Millionen organisierter Arbeiter sprechen, als z. B. Millerand, der gegenwärtig der Präsident der 2. bürgerlichen Republik in Frankreich ist, der sich sowohl früher als auch jetzt für einen Sozialisten hält, das Recht hat, im Namen der 40 Millionen Einwohner Frankreichs, oder Ebert, im Namen des deutschen Volkes zu sprechen. Nein, meine Herren!

Sie werden nicht mehr irgend jemand darüber hinwegtäuschen können, daß Sie nicht im Namen von 30 Millionen Arbeitern sprechen. Sie vertreten nur eine kleine Gruppe von Gewerkschaftsbürokraten, die die Bourgeoisie in allen großen Fragen gegen die Arbeiterschaft unterstützen. Ihr Brief verlangt, daß wir dabei stets voraussetzen sollen, daß Sie ehrliche Absichten und einen wirklichen Wunsch hegen, die Sache der arbeitenden Klassen zu fördern. Trotz unseres Bestrebens, einen freundschaftlichen Ton zu bewahren, tut es uns leid, Ihnen, meine Herren, nicht versprechen zu können, daß wir Ihrem Wunsch nachkommen werden und auch nur glauben...“ Daß sie ernsthaft einen Erfolg ihrer Londoner Petition erwarten.

Der Menschewistkongress in Wien.

Trotzdem sich die Regisseure der Konferenz bemühen, keine Diskussionen vor der Öffentlichkeit auskommen zu lassen, hatten doch einige Delegierte den Mut, die Unfehlbarkeit Adlers anzuzweifeln. Schreiber, Delegierter der russischen Sozialrevolutionäre, der niemanden außer sich selbst vertritt, da ihn keine eigene Partei in Rußland desavouiert hat, entwirft das Bild einer platonischen idealen Räteverfassung. Gezipien entschuldigt sich vor der Konferenz, daß er mit nach Moskau ging und sagte, daß er die kommunistische Internationale von innen beeinflussen wollte, er erzählt der internationalen Konferenz das, was er in jeder Massenversammlung in Deutschland sagt. Kopalowitsch, der Vertreter Jugoslawiens, der so wie Schreiber keine Parteien hinter sich hat, verachtet Friedrich Adler nachzuziehen, spricht von den vielen Möglichkeiten, die vor uns stehen und will sich an nichts binden. Der englische Delegierte spricht für die Autonomie der Parteien in der Bewegung und verlangt Aktionen der Franzosen. Paul Faure macht eine große Generalattacke gegen die Bolschewiki und hält eine lyrische Rede für die Einigung aller Arbeiter. Er beschimpft die Bolschewiki mit dem ganzen Jargon, über den die deutschen Rechtssozialisten verfügen.

Der Menschewik Abramowicz ist mit der Auffassung Friedrich Adlers, die Internationale als ein Problem der Welt zu betrachten, nicht zufrieden. Er will die Massen sammeln, um sie gegen Moskau zu führen, er will Aktionen gegen die kommunistische Internationale.

Der Schweizer Robert Grimm, der die sog. Linke dieser Konferenz bildet, verteidigt sich, daß er nach Wien gekommen ist. Er sagt, man müßte offen aussprechen, daß nicht alle Delegierten am Kongress dieselbe Meinung haben. Das Wichtigste an der heutigen Sitzung waren nicht die Reden, sondern die Schiebungen hinter den Kulissen.

Die reformistische Keimzelle Renaudel und Brala war nämlich in den Kommissionen mit Grimm in harte Auseinandersetzungen geraten.

Karl Kautsky, dessen heiliger Geist die Konferenz beherrscht, schrieb in der heutigen „Arbeiter-Zeitung“ einen klammernden Artikel zur Verteidigung des menschewistischen Paradieses Georgien. Er rief die Proletarier aller Länder zu den Waffen, um Georgien gegen die Bolschewiken zu verteidigen. Die Konferenz wollte einen Aufruf für Georgien beschließen, da aus Paris und Peking sehr schlechte Nachrichten über den Zustand der menschewistischen Fenster Georgiens kamen. Die Schweizer Grimm und Robs haben die Blamage und wollten nicht, daß sich die Konferenz auf diese Weise vor den Massen entlarve, sie erreichten die Verhandlung dieser Frage in einer Kommissionsform. Der rumänische Chanotaisch Gigorovic verlangte, daß alle Parteien in dieser Konferenz vertreten sein sollen, da von den bolschewistischen Banditen bedroht seien.

ist erklärte einem Privatgespräch, daß die Konferenz ein Scheitern im Blut haben wolle. Abramowicz als ein Glück durch den Saal erklärte: Wir werden es den Bolschewiken schon zeigen!

Das Heim der Obdachlosen.

Von Karl Radek.

In Wien tagte der internationale Kongress, der die Internationale 2^{1/2}, die internationale Zusammenfassung aller Zentrums-Elemente der Arbeiterbewegung konstituieren soll. — Zur Beleuchtung der Wiener Konferenz und der deutschen Unabhängigen, die an der Gründung der Internationale 2^{1/2}, in erster Linie beteiligt sind, geben wir hier das Schlüsselkapitel des eben erscheinenden Schrift Karl Radeks „Theorie und Praxis der 2^{1/2}-Internationalen“ wieder. (Beilage der kommunistischen Internationale). Das Kapitel trägt die Überschrift „Die Zukunft der 2^{1/2}-Internationalen“.

Die 2^{1/2} Internationale ist eine Organisation ohne selbständige politische Ideen. Sie ist eine Organisation, die die von der kommunistischen Internationale entlehnten und verwesterten Ideen nicht gewillt ist, im Leben praktisch durchzuführen. Sie ist überhaupt keine internationale Organisation des Proletariats, sondern sie will bewußt eine internationale, lose Föderation der nationalen zentristischen Parteien sein. Wie wenig sie auf ihre eigene Kampfes- und Lebensfähigkeit vertraut, beweist sie am besten, indem sie sich kampflos an die Amsterdamer Gelbe Gewerkschaftsinternationale klammert. Aber trotzdem wäre es ein Fehler, anzunehmen, daß sie unfähig ist, zu existieren. Wenn die revolutionäre Bewegung in den westeuropäischen Ländern sich nicht bald im schnelleren Tempo entwickeln wird, wenn der Prozeß der Radikalisierung der Arbeitermassen nicht schnell vor sich geht, so wird die 2^{1/2} Internationale, die noch nicht entschieden revolutionären Arbeitermassen von dem Zusammenschluß mit der Dritten Internationale zurückhalten. Sie wird das Heim sein für die politisch Obdachlosen, die sich nicht zwischen ihnen und drüben entscheiden können. Ihre Existenz wird natürlich eine Scheinexistenz sein. Unfähig zu Taten, unfähig die lebendige, die revolutionäre Vorhut des Weltproletariats zu werden, wird sie die Illusionen der Nachtruppen des Proletariats sein, solange sie durch die Ereignisse nicht an die Front der Weltrevolution getrieben werden.

Wie groß noch diese Massen der Landstraben sind, das zeigen am besten die jüngsten Vorgänge in der italienischen sozialistischen Partei. Die italienische sozialistische Partei galt als eine der größten Parteien der kommunistischen Internationale. Die hinter ihr stehenden Zehntausende und aber Zehntausende Arbeiter haben sich in den Vorgesetzten der italienischen Revolution bewährt. Ihre Sympathien für Sowjetrußland haben sie aktiv ausgedrückt in der Zeit der größten Gefahren, die Sowjetrußland drohten. Sie haben sich für die Diktatur des Proletariats ausgesprochen. Sie haben die Idee der Arbeiterräte in sich aufgenommen und sie haben sogar versucht, in einer revolutionären Aktion die Kontrolle der Produktion durch Betriebsräte zu verwirklichen. Und trotzdem waren sie noch mit der reformistischen Vergangenheit durch Bande verbunden, deren Bedeutung sie selbst nicht verstehen, obwohl diese Bande drohen, die italienische Revolution zu erdroffeln. Weil die Reformisten in der italienischen Arbeiterbewegung sich vor dem Kriege gespalten haben, weil ihre offen imperialistische Teil schon vor dem Kriege aus der Partei ausgeschlossen ist, sieht die Mehrheit der italienischen revolutionären Arbeiter die Gefahr nicht, die darin besteht, daß ihre Führerschaft durchsetzt ist mit den demokratisch-pazifistischen Elementen, die Segner der Diktatur des Proletariats sind. Und diese Masse, die sich für einen Vortrupp der kommunistischen Internationale hielt, hat in einem Teil, als sie zu entscheiden hatte zwischen den reformistischen Führern und der kommunistischen Internationale, sich für die reformistischen Führer gegen die kommunistische Internationale ausgesprochen. Die Tatsache, daß diese hinter Serrati stehenden Arbeiter tief überzeugt sind, daß sie trotzdem der kommunistischen Internationale treu geblieben sind, die Tatsache ist ein Beweis nicht gegen, sondern für die Größe der zentristischen Gefahr in der internationalen Arbeiterbewegung.

Das Gift des zentristischen Gedankens hat sich tief in die Arbeiterklasse hineingefressen. Dieses Gift auszutreiben, wird nur die Weiterentwicklung der Weltrevolution imstande sein. Es kann nicht auf theoretischen und Propagandawegen überwunden werden. Es wird nur überwunden durch den Kampf, der die Masse mit Entschiedenheit erfüllt, mit der Ueberzeugung, daß jedes Wanken in einer entscheidenden Situation den Tod bedeutet. Aber die Einsicht, daß der zentristische Geist erst in der Weltrevolution und durch sie überwunden werden kann, bedeutet nicht, daß die kommunistische Internationale ihn in sich aufnehmen könnte, damit er in der Zukunft von der Revolution überwunden werde. Es ist selbstverständlich, daß, wo sich in ihren Organismen zentristischer Geist einschleicht, die anstrengten Mitglieder ent-

sennt werden müssen, um nicht den ganzen Körper zu ver-
fäulen. Mögen die Differenzen nur ruhig hängen, wir seien
Sattler, die sich von der Arbeitermasse abschließen, wenn
sie nicht bereit ist, alle unsere Rezepte ohne weiteres anzu-
nehmen. Die Kommunistische Internationale ist die revolu-
tionäre Vorhut des Proletariats. Und je
mehr sie sich dessen bewußt ist, muß sie darum besorgt sein, daß in
ihren Reihen, in den Reihen der Vorhut, ein ruhiges sicheres
Ziel- und Bewußtsein herrsche. Wer die Massen zum
revolutionären Kampf führen will, muß mit ihnen natürlich
im innigsten Kontakt sein. Er darf die Richtung ihrer spon-
tanen Bewegung nicht willkürlich bestimmen wollen. Das
tut die Kommunistische Internationale niemals. Sie setzt sich
auf Grund der Erfassung der Tendenzen der Entwicklung der
Weltrevolution. An den Zielen der kommunistischen Inter-
nationale festzuhalten, heißt nicht doktrinär der Arbeiter-
masse seine eigenen Wünsche entgegenzustellen, sondern es
heißt, an dem heutigen Tage der Arbeiterklasse an ihren
morgigen Tag zu denken, es heißt, über die Bindungen
des Tages hinaus sein Ziel vor den Augen zu behalten.
Es heißt, in der Bewegung der wankenden, oft vor den
Konsequenzen ihres Kampfes zurückschreckenden, sich erst ent-
wickelnden revolutionären Masse feste geschlossene Avant-
garde zu bilden und mit ihrer Hilfe die Masse immer vor-
wärts zu treiben und zum Siege zu führen. Aus diesem
Verhältnis ergibt sich die Notwendigkeit nicht nur des Zu-
sammenhanges mit der noch schwankenden Masse, sondern
auch die Pflicht des schärfsten Kampfes gegen all ihre Illu-
sionen, alle ihre Schwankungen und in erster Linie gegen
Ideologien des Zentrums, seine Führer und seine Organi-
sationen. Das Verhältnis der kommunistischen Internatio-
nale zur 2 1/2 Internationale muß darum in erster Linie
das Verhältnis des Kampfes sein.

Je schärfer, je gründlicher wir den Lug und Trug, das
Schwanken und Wanken der 2 1/2 Internationale bekämpfen,
desto fester werden wir unsere Reihen zusammenfassen und
auf die hinter der 2 1/2 Internationale stehenden Massen
einwirken. Mit diesen Massen wollen wir kooperieren, wo
sie nur in den Kampf treten. Mit ihren Führern wollen
wir rücksichtslos kämpfen, wo nur und wann nur sie die Massen
irreführen, wo nur und wann sie im Kampfe versagen.

Die Geschichte der rechten deutschen Unabhängigen nach
der Spaltung in Halle hat gezeigt, wie sehr und wie schnell
sie sich nach rechts entwickelten, nachdem sie den Ballast der
revolutionären Arbeiter verloren haben. Diese Selbstdemo-
nstration der zentrifugalen Elemente wird den Sieg der Kom-
munistischen Internationale beschleunigen. Die 2 1/2 Inter-
nationale ist ein Produkt des revolutionären Prozesses, den
die ganze Welt durchmacht. Aber sie ist nicht ein Produkt,
in dem sich der schaffende Geist der Weltrevolution aus-
drückt. Sie ist ein deductus historiae.

Politische Uebersicht.

Mörder in Offiziersuniform sind frei!

Zu den vielen Namen von Mördern, die noch immer
frei herumlaufen, oder sogar freigesprochen worden sind,
weil sie nur Kommunisten oder Revolutionäre ermordeten,
ist ein neuer hinzugekommen: Leutnant d. R. und Regierungs-
kammersekretär Paul Schütz in Berlin!

Der Kumpan Karlovs, Bogels, Kessels und wie sie
alle heißen mögen, hat zwar keinen Revolutionär, sondern
einen braven, königstreuen, etwas geistesgestörten Mann,
der aus Versehen gelegentlich des Rapp-Putsch in die
Kadettenanstalt Groß-Lichterfelde geschleppt wurde, dort von
Zeitfreiwilligen mißhandelt und dann angeblich in Notwehr,
— als er schon schwer verletzt am Boden lag, — erschossen!

Offenbüchlich wollte man den schwer mißhandelten
Menschen als Beweis für die Gewalttaten der blutdürstigen
Zeitfreiwilligen aus der Welt schaffen, und da der Mörder
in der Offiziersuniform damit ein „gutes Werk“ vollbringen
wollte, so sprach ihn die Geschworenen des Landesgerichts III
frei, nachdem ihnen der Vorsitzende in seiner Rechtsbelehrung
besonders den Notwehrparagrafen deutlich machte.

Mörder sind in der Ebertrepublik frei, sofern sie im
Dienst der Gegenrevolution handeln, auch wenn ihre
Tat klar erwiesen werden konnte, während man gegen Re-
volutionäre Material von Spiegeln amfertigen läßt, um sie
des Hochverrats oder des Verrats zu weihen, weil sie sonst
unmöglich zu machen!

Die Bourgeoisie fühlt vor!

Ein Angriff gegen den Achtstundentag im Reichstag.

Nachdem Herr Göring, dem Oberpräsidenten der Pro-
vinz Sachsen, der Zusammenkunft beilagigt worden ist, eröffnete
der Reichstagspräsident Leopold den Reigen um das Budget
des Reichsministeriums. Er wagt den ersten offenen Vorstoß
gegen den Achtstundentag. Die Bourgeoisie fühlt vor, sondern das
Tatort, bevor sie sich zur wirtschaftlichen Offensive auf breiter
Front einschleift. Die Koalitionsparteien wanken noch ein-
mal ab. Der Augenblick ist nicht sehr günstig, man wünscht
die Einigkeit nicht gar zu sehr, solange London die
Regierung zur Seite des Mannes von Charakter zwingt.

Auch sonst jagt der Denkschrift Dinge, die die
anderen noch in ihres Bräutigams Tüchlein bewahren. Er verlangt
eine allmähliche partei Steigerung der Mieten, was
durch angeblich die Privatinitiative der Bauwirtschaft — das
heißt das Interesse des nur um Profit arbeitenden
Kapitals — gefördert werden soll.

Sein Eingeständnis, daß Deutschland kein Interesse
daran hat, die Balkan-Ischna kriegen zu sehen, wird neben
den Finanzgrößen der Entente besonders die deutschen Ar-
beiter interessieren, die hier erfahren, daß die deutsche Bour-
geoisie den deutschen Ausverkauf, die Schieberhandlungen,
verweigern will — und abschrei, daß die deutschen Geop-

paratier darauf aus sind, die Preise für ausländische Lebens-
mittel auf der Höhe ... halten.

Zu der Feststellung, daß die Gewerkschaften im Reichs-
lohnenverband sich für eine Kohlenpreiserhöhung eingesetzt
haben, werden sich die Gewerkschaften wohl noch äußern
müssen.

Daß der deutschnationaler Redner es fertig bringt, die
Erwerbslosen durch den Vorwurf zu beschimpfen, daß ein
großer Teil von ihnen aus Leuten bestehe, die nicht arbeiten
wollen, hören die in Saale befindlichen Rechtssozialisten
mit gleichgültiger Ruhe an, während die Rechte „Sehr
richtig!“ ruft und nur die äußerste Linke protestiert. Leopold
tritt noch für den Abbau der Erwerbslosenunterstützung ein und
verlangt, daß alle Arbeiter bestraft werden sollen, die Streiks
mitmachen.

Vom Zentrum wird ein christlicher Gewerkschaftsführer
vorgeführt, der von einem Arbeitsfrieden zwischen Kapital
und Arbeit fabuliert. Moldenhauer (Deutsche Volkspartei)
verbreitet sich, während noch etwa 80 Abgeordnete im Saale
sind, über Versicherungsfragen.

Die Rede des Unabhängigen Simon bringt keinen
neuen Ton in die Debatte. Er protestiert zwar gegen die
Versuche, den Achtstundentag zu beseitigen, zeigt auch an
einer Fülle von Material die Schlechtigkeit der Sozial-
gesetzgebung, aber alles, was er sagt, geht entweder völlig
ins Detail oder bemegt sich in so allgemeinen Nebensarten,
daß seine Rede ebensogut in einem Reichstagsprotokoll
aus der Zeit vor dem Kriege ihren Platz finden könnte.
Es fehlt die Verbindung mit den lebendigen revolutionären
Kräften der Gegenwart. Das Ganze ist die Geste eines
Kammes, der aus der Ferne mit dem Stocke droht, und
von dem jeder weiß: es ist nicht so schlimm gemeint.

Die „Rote Armee“

vor dem Außerordentlichen Gericht.

(S. Verhandlungstag.)

Kassel, den 24. Februar 1921. Es werden noch
weitere Schriftstücke verlesen, die aus Klingmüllers
Material stammen. Klingmüller erklärt, daß einige Unter-
schriften gefälscht sein müßten, anderes Material müßte von
dritter Seite eingeschoben worden sein. Es soll ermittelt
werden, ob Fälschungen vorliegen.

Dr. Wolf macht darauf aufmerksam, daß alle Ange-
klagten ausgerechnet dann verhaftet worden sind, nachdem
ihnen von unbekannter Seite

belastendes Material

zugestellt worden war. Ganz unzweifelhaft hätten hier
Spiegel ihre Hände im Spiel gehabt. Verlesen
wird sodann ein Orgesch-Rüstungsplan, darin wird
auch bemerkt, daß man bei der Bildung von Zeitfreiwilligen-
formationen die Unterstützung der Rechtsparteien und vielen
Amtsstellen finde. Ein anderer Plan, ausgehend von dem
Reichswehr-Generalmajor Lampe

zeigt eingehend, wie der Krieg gegen den „inneren Feind“
organisiert und vorbereitet werden sollte. Er ist nach dem
Rapp-Putsch aufgestellt und verfaßt unzweifelhaft gegen die
Verordnung des Reichspräsidenten. Auch hier handelt es sich
um die Bildung von Zeitfreiwilligenkorps, die militärisch ge-
gliedert und bewaffnet werden. Der Herr Generalmajor be-
hauptet darüber, nicht etwa

Ludendorff und Hoffmann

seien würdelos, weil sie sich der Entente für imperialistische
Zwecke angeboten haben, er beschimpft U.S.P. und R.P.D.-
Führer als Agenten der Entente.

Dr. Wolf beantragt, den Herrn Lampe als Zeugen zu
laden; er soll bekunden, daß seine Freikorps auch jetzt noch
bestehen. — Der Staatsanwalt will dem Herrn die peinliche
Situation ersparen. Das Gericht will noch über den Antrag
beschließen. — Ein weiteres Schriftstück bezieht sich auf die
Angustaktion — ein Spitzelwerk

auf das einige Mitglieder der R.P.D. heringefallen sind:
Belber und Köpfer. — Klingmüller erklärt, daß er den A-
ktionsplan sofort als Spitzelwerk erkannt habe: er sei sofort
nach Berlin gefahren, habe dort die Befähigung für seinen
Verdacht erhalten; sofort gab er nach Düsseldorf die ent-
sprechende Anweisung und verhinderte so, daß die Genossen
aus dem Reichswehrt und Befehlen den Spiegeln in die Hände
gekommen sind.

Dr. Wolf beantragt, den Rechtsanwalt Dörich zu
laden, er werde als Zeuge bekunden, daß der Plan und der
Putsch in Belber von der Spitzelzentrale Jung-Siberfeld
entworfen worden sei.

Klingmüller soll zum Austausch geben über das aus
seinen Papieren

verschwindende Orgeschmaterial.

Er legt an, die Verantwortlichkeit anzuschließen. Das
Gericht hält das nicht für angängig, weil über die Sache
schon viel gesprochen worden sei. Auf Fragen der Ver-
teidigung nach: Klingmüller nach dem Gedächtnis über das
Material folgende Angaben: Das Schriftstück, mit dem
Datum vom 11. Februar 1920 sei mit folgendem Vermerk
versehen: „Vertraulich, Original geht von Hand zu Hand:
— Dana wird mitgeteilt:

Ludendorff und Eberich

hätten den Friedensvertrag als unannehmbar bezeichnet. Man
müsse hart bleiben, das würde zu einem Kriege mit Frankreich
führen. Dazu müßte man rufen. — Es folgen dann An-
gaben über einen Kaufvertrag der Reichswehr mit
der Orgesch. Die Korps „Schilling“, „Schulz“ und
„Pfeifer“ werden genannt. Strategische Pläne und Ein-
schüchtern sind beigelegt. Die Freikorps sollen als wirt-
schaftliche Vereinigungen an die Grenze gebracht werden.
Für die Freikorps, in Jülich gelistet, sollen Lagerarbeiten
vorbereitet werden. Der Angriff werde von Bayern aus er-
folgen. Die Franzosen würden sich aus dem belgischen Gebiet
zurückziehen, die Auswanderung würde in den Bogenen

erfolgen. Weiter wird erwähnt, daß man bei dem Plan die
Unterstützung der Wehrheitssozialdemokratie zu finden hoffe;
die R.P.D. und die R.P.D. glaube man mit Konfessionen
gewinnen zu können und durch den Nationalsozialismus
gedenke man eine militärische Macht zu erlangen. Dr. Wolf
weist darauf hin, daß Forstrot Eberich erst noch dieser
Tage erklärt habe, Bayern werde sich die

Waffen nicht nehmen lassen.

Auf weitere Fragen erklärt Klingmüller, die Partei sei
Segnerin von Putschplänen und militärischen Spielereien.
Staatsanwalt: Warum hat sie denn die W. P. nicht
verbieten?

Klingmüller: Dazu hat sie kein Recht, die W. P. um-
faßt Mitglieder der drei sozialistischen Parteien. Er sei
weder von der U.S.P. noch von der R.P.D. befolgt worden.
Seine Tätigkeit habe unter anderem auch in der Erlangung
und Veröffentlichung von Orgeschmaterial bestanden.

Staatsanwalt: Solche Veröffentlichungen verstoßen das
Boll. — Dr. Wolf protestiert gegen solche tendenziöse Be-
merkungen. Dr. Sedel: Seit 1919 haben wir einen wirt-
schaftlichen Umsturzplan erlebt, den Rapp-Putsch. Die Rechts-
presse war davon unterrichtet und hat das bestritten; sie hat
gelogen. Und da mag es der Staatsanwalt die Linkspresse
anzugreifen.

Dr. Wolf: Wir mußten die Staatsanwaltschaften oft
erst monatelang mit Veröffentlichungen dazu treiben, gegen
Orgeschleute vorzugehen. Der Angeklagte Rüstler wird noch
vernommen. Er erklärt, ein Parteiführer habe ihn gewarnt,
er solle die Hände von solchen Sachen lassen, die Partei
habe damit nichts zu tun. Damit sei für ihn die Sache er-
ledigt gewesen. Belastendes Material liegt gegen Rüstler nicht
vor. Ohne Antrag beschließt das Gericht die

Gastentlassung

des Angeklagten. Dr. Wolf regt die Entlassung auch der
anderen Angeklagten an. Der Vorsitzende meint, die Frage
sei wohl nicht mehr so schwerwiegend, er hoffe, den Prozeß
Mitte der nächsten Woche beenden zu können.

Die Tagung des Zentralaussschusses.

Am 22., 23. und 24. Februar tagte in Berlin der
Zentralaussschuß unserer Partei. Er beschäftigte sich mit den
seit einiger Zeit in unserer Partei zur Diskussion stehenden
Fragen. In seinem einleitenden Referat führte Genosse Paul
Levi im wesentlichen zu den Fragen dasselbe aus, was in
seinem Artikel, den wir am 13. Februar abdruckten, zum
Ausdruck kam. Wir verweisen auf diesen Artikel.

Die Hauptfrage, die zur Entscheidung stand, ist die
italienische Parteifrage. Wir drücken kurz referierend die
Voraussetzung des Genossen Levi entgegengegesetzten Ausführungen
der Genossen Marbozzi, dem Vertreter der Exekutive in
Livorno, und des Genossen Stöcker ab.

Marbozzi zur italienischen Frage.

Es ist uns in Livorno nicht gelungen, in den entscheidenden
politischen Dingen von Serrati eine Zusage zu bekommen.
Die Kommunistische Partei in Italien mußte sich deshalb
gegen Serrati bilden. Sie bestand bereits innerhalb der
Sozialistischen Partei als kommunistische Fraktion seit dem
November 1920. Sie ist entstanden nach der falschen Politik
der italienischen Opportunisten in der Frage der Fabri-
besetzung. Die Spaltung von den Opportunisten war un-
vermeidlich. Gebietet die Rücksicht auf die Klarheit der
Kommunistischen Partei solche Spaltungen, dann müssen sie
vorgenommen werden, wenn es nötig ist, zehnmal, ganz
gleich, ob in Italien, Frankreich oder Deutschland. Auch in
der neuen französischen Kommunistischen Partei hat die
3. Internationale Elemente bekommen, die meines Erachtens
unerwünscht sind. Für die Kommunistische Partei handelt
es sich nicht darum, unklare Massen zu bekommen, sondern
jedes einzelne Mitglied muß ein aktiver Soldat sein. Wer
keine kommunistischen Funktionen ausübt, für den ist kein
Platz in der Partei.

Stöcker zur italienischen Frage.

Der Genosse Levi hat die italienische Frage in einem
ganz falschen Rahmen gestellt. Selbstverständlich sind wir
alle einig über die Taktik der kommunistischen Internationale
in Westeuropa, wo es gilt, breite kommunistische Massen-
parteien zu schaffen, deren Mitglieder von kommunistischem
Geiste durchdrungen, von revolutionärer Kampfbereitschaft
erfüllt sind, und die unter klarer, fester, einheitlicher Führung
stehen. Diese taktische Linie ist in Italien innegehalten
worden. Wenn das, was Marbozzi sagte, die Taktik der
Kommunistischen Internationale wäre, müßten wir uns alle
mit aller Schärfe dagegen wenden. Es ist ganz falsch, wenn
man die Situation in Italien mit der in Deutschland ver-
gleicht. Die Führer der Serrati-Gruppe sind unsere Rechts-
unabhängigen, wenn auch mit etwas härterer revolutionärer
Physiologie. Seit dem Moskauer Kongreß, also seit sechs
Monaten, haben Serrati und seine Freunde nicht das ge-
ringste getan, um die Richtlinien des Moskauer Kongresses
in Italien durchzuführen und haben sich lieber zu den Re-
formisten geschlagen, als zu der kommunistischen Fraktion.
Auch die Haltung der Opportunisten der Serrati-Gruppe in
der Agrarfrage, in der Nationalitätenfrage, in der Gewer-
schaftsfrage entspricht ganz der Haltung der Rechtsunab-
hängigen. Aus allen diesen Gründen war kein anderer
Trennungstrieb möglich, wie er in Livorno gezogen wurde.
Kann man die Taktik der kommunistischen Internationale
auf eine Festigung der kommunistischen Partei und auf eine
Erhöhung der Arbeitermassen, die noch in der Gruppe Ser-
rati stehen, gerichtet sein, und es ist Pflicht unserer Partei,
hierbei Seite an Seite und Schulter an Schulter mit der
jungen kommunistischen Partei Italiens zu stehen.

Wir legen von einer Wiedergabe der Diskussion zu den einzelnen Punkten ab und haben nur in der italienischen Frage durch einen kurzen Bericht über die Ausführungen der Genossen Marzotti und Stöcker die verschiedenartige Stellungnahme der Genossen zu charakterisieren gesucht und bringen nun die Resolution zu dieser Hauptfrage.

Die Resolutionen zur Parteispaltung in Italien.

Zunächst wurde folgende von der Zentrale vorgelegte Resolution mit 28 gegen 23 Stimmen abgelehnt:

Auf Grund des Berichtes ihres Delegierten zum Livornor Kongress der italienischen sozialistischen Partei und nach darauf erfolgter Aussprache erklärt die Zentrale der K.P.D.:

I. Der Beschluß des zweiten Kongresses der kommunistischen Internationale über die Notwendigkeit der Vereinigung aller kommunistischen Parteien oder solcher, die der kommunistischen Internationale beitreten wollen, von den reformistischen Elementen bildet die Voraussetzung jeder kommunistischen Tätigkeit. Die kommunistischen Parteien können weder die Revolution vorbereiten, noch den Massenkampf des Proletariats leiten, wenn sie in ihrer Mitte auf verantwortungsvollen Posten Gegner der proletarischen Revolution behalten.

II. Die Exekutive der kommunistischen Internationale handelt gemäß nicht nur dem Beschluß des zweiten Kongresses, sondern im vollen Einvernehmen mit den ihr angehörenden Parteien, wenn sie ultimativ von der italienischen Partei den sofortigen Ausschluß der Reformisten gefordert hat. Die unbewegliche Aufrechterhaltung dieser Forderung der Exekutive entsprach vollkommen den Interessen der italienischen wie denen der internationalen Arbeiterbewegung: denn eben die Haltung der Reformisten nach dem Kongress in der Frage der Befreiung der Fabriken bewies augenfällig den sozialverrätherischen Charakter dieser Gruppe.

III. Die Mehrheit der sozialistischen Partei Italiens unter Führung Serratis erklärte, die Moskauer 21 Bedingungen anzunehmen, nahm aber für sich das Recht in Anspruch, über die Art der Ausführung dieser Beschlüsse erst mit der Exekutive zu verhandeln. In dem ersten halben Jahre, das seit dem Moskauer Kongress verfloßen war, hat die Gruppe Serrati jedoch keinen Finger gerührt, um über die Art der Durchführung der Kongressbeschlüsse der Exekutive irgendwelche konkreten Vorschläge zu machen. Dagegen hat Serrati offen die Anwesenheit von Reformisten in der italienischen Partei geleugnet. Dadurch wurde es notwendig, die Gruppe Serrati vor die Wahl zu stellen, ob sie ihre Verbindung mit den Reformisten oder mit der kommunistischen Internationale höher schätzt.

IV. Die Gruppe Serrati hat lieber die Spaltung der Partei und die Trennung von der kommunistischen Internationale in Kauf genommen, als daß sie sich zur Scheidung von den Reformisten entschlossen hätte. Sie hat damit bewiesen, daß sie in Wirklichkeit noch nicht eine einheitliche, festgeschlossene kommunistische Kampfgruppe ist, sondern zentristische Elemente enthält, die zwischen dem Kommunismus und dem Reformismus schwanken. Die Zentrale der K.P.D. anerkennt jedoch, daß ein Teil der kommunistischen Proletariat, die der Gruppe Serrati folgen, von dem ernstlichen Willen befehle sind, sich auf den Boden der Grundzüge und der organisatorischen Bedingungen der kommunistischen Internationale zu stellen. Die kommunistische Partei Italiens (Gruppe Bordiga-Bombacci) hat sich konsequent und entschlossen auf diesen Boden gestellt, sie ist deshalb die einzige Partei Italiens, die auch von den Bruderparteien der anderen Länder als rechtmäßiges, vollberechtigtes Glied der kommunistischen Internationale betrachtet und kraftvoll unterstützt werden muß.

V. Die Zentrale der K.P.D. hält eine Einigung zwischen der K.P.D. und den revolutionären und kommunistisch gesinnten Elementen der abgeplitterten Gruppe Serrati für möglich, die ernstlich entschlossen sind, eine aktive Kampfgruppe der K.P.D. zu bilden, indem sie sich in reinlicher Scheidung von allen zentristischen Elementen und Tendenzen auch in ihren eigenen Reihen loslösen. Die Zentrale der K.P.D. erwartet deshalb, daß die kommunistisch gerichteten Proletariat aller Nationen in Italien die Initiative ergreifen zu ihrer Zusammenfassung, und daß die Exekutive der K.P.D. auf eine Verständigung und Einigung aller kommunistischen Elemente hinarbeitet, deren erste und wichtigste Vorbedingung selbstverständlich bleibt die Ausführung der Beschlüsse des 2. Kongresses der kommunistischen Internationale, mithin die Trennung von allen schwankenden, unsicheren und zweideutigen Führern, die unter dem Deckmantel der K.P.D. mit dem Opportunismus kompromittiert würden.

VI. Die Zentrale der K.P.D. geißelt die demagogische Hetzpropaganda der unabhängigen Presse gegen die kommunistische Internationale und ihr Exekutivkomitee aus Anlaß der Spaltung der italienischen Partei. Sie stellt fest, daß es sich hier nicht um eine Spaltung durch den Willen von Rossau handelt, sondern um die Ausführung eines internationalen Beschlusses, an dem mitzuwirken die italienischen Genossen die Pflicht und Gelegenheit hatten. Indem die Unabhängigen die Ausführung der internationalen Beschlüsse als Ausdruck der Diktatur des Exekutivkomitees darzustellen suchen, beweisen sie, daß sie überhaupt nur für eine Scheininternationale eintreten, die jedem Mitgliede freie Hand für eine opportunistische Politik läßt. Indem die Unabhängigen die Forderung des Anschlusses offener Reformisten als Schädigung der Arbeiterbewegung darstellen, beweisen sie, daß sie die Einigkeit mit den Scheidemännern für möglich und notwendig halten.

Auf Antrag der Genossen Stöcker und Thalheimer wurde darauf mit 38 gegen 23 Stimmen folgender Beschluß gefaßt:

(Absatz I, II, III und VI aus der abgelehnten Resolution der Zentrale.)

VII. Die Gruppe Serrati hat lieber die Spaltung und die Trennung von der kommunistischen Internationale in Kauf genommen, als daß sie sich zur Scheidung von den Reformisten entschlossen hätte. Sie ist trotz ihrer formellen Erklärung der Annahme der 21 Punkte tatsächlich nicht

bereit, die programmatischen und tatsächlichen Richtlinien der kommunistischen Internationale durchzuführen.

1. Der ernsthafte und ehrliche Wille, die ausgesprochen reformistischen Führungselemente in der Partei, in den Gewerkschaften, in den Genossenschaften, unmittelbar aus der Partei zu entfernen, ist nicht vorhanden, obwohl 6 Monate Parteiausweisungen und politische Aktion den reformistischen Charakter dieser Elemente klar gestellt haben.

2. Auch jetzt noch halten die Führer der Serratigruppe in entscheidenden grundsätzlichen Fragen ihren Gegensatz der kommunistischen Internationale aufrecht:

a) In der Frage des Verhältnisses der Partei zu den Gewerkschaften vertritt die Gruppe Serrati, wie die Reformisten um Turcati und die französischen Reformisten und Zentristen den Standpunkt der Autonomie der Gewerkschaften gegenüber der Partei.

b) Während die italienische Bourgeoisie tatsächlich den Bürgerkrieg gegen das Proletariat führt, für den sie umfassende organisatorische Vorbereitungen getroffen hat und noch weiter trifft, sabotiert die Serratigruppe praktisch die organisatorische und politische Vorbereitung der Arbeiterklasse zur Abwehr der bewaffneten Konterrevolution und zur Führung des Bürgerkrieges.

c) In der Agrarfrage lehnt die Serratigruppe praktisch die Unterstützung der ausgesprochenen revolutionären und höchst wichtigen Aktionen der Landarbeiter, der Kleinbauern und Kleinpächter ab, die zur Befreiung von Großgrundbesitz an Kleinbauern und Kleinpächter, obwohl die italienischen Erfahrungen selbst bewiesen haben, daß diese Maßregel ein historisches unvermeidliches Durchgangsstadium in der Revolution ist.

d) Die Serratigruppe nimmt in der Nationalitätenfrage bis heute keine klare Stellung ein.

e) Die Serratigruppe hält fest an der sogenannten Autonomie in der praktischen Anwendung der Grundzüge und Beschlüsse der kommunistischen Internationale, das heißt an der formellen Grundlage für eine opportunistische Politik unter dem Deckmantel der kommunistischen Internationale.

3. Alle Versuche von Seiten der Vertreter der Exekutive und der italienischen Kommunisten in diesen entscheidenden Fragen der kommunistischen Taktik eine Übereinstimmung mit der Serratigruppe zu erzielen, sind gescheitert. Die Kongressen, zu denen die Serratigruppe bereit war, waren immer nur formeller, Scheinbarer Art.

Noch stehen revolutionäre Arbeitermassen, die von dem ernstlichen Willen befehle sind, sich auf den Boden der Grundzüge und der organisatorischen Bedingungen der kommunistischen Internationale zu stellen, bei der Gruppe Serrati. Insbesondere diesen revolutionären Arbeitern gegenüber hält es die K.P.D. für ihre Pflicht, laut und deutlich zu sagen: Die kommunistische Partei Italiens (Gruppe Bordiga-Cannari-Rissano) hat sich konsequent und entschlossen auf diesen Boden gestellt, sie ist deshalb die einzige Partei Italiens, die auch von den Bruderparteien der anderen Länder als rechtmäßiges, vollberechtigtes Glied der kommunistischen Internationale betrachtet und kraftvoll unterstützt werden mußten. Die Schaffung einer starken, machtvollen und kampffähigen italienischen Sektion der kommunistischen Internationale ist nur möglich durch eine entschlossene Kampfstellung gegen die opportunistischen Führungselemente der Gruppe Serrati.

VIII. Die Zentraleleitung der K.P.D. billigt deshalb das Vorgehen der Exekutive der kommunistischen Internationale in Livorno. Es war in dieser Situation kein anderer Weg möglich, als der entschlossene Bruch mit den Führern der Gruppe Serrati, die durch ihr ganzes Vorgehen zeigten, daß sie für das Wesen und die Grundtendenzen der kommunistischen Internationale kein Verständnis haben. Die Zentraleleitung der K.P.D. erklärt daher:

daß die Gewinnung der proletarischen Massen, die heute noch hinter der zerrissenen Führung stehen, für eine klare kommunistische Politik nur geschehen kann dadurch, daß die kommunistische Internationale der Serratigruppe endgültig die Möglichkeit abschneidet, ihre opportunistische Politik mit dem Aushängeschild der kommunistischen Internationale zu decken, daß sie gegen diese Führergruppe die schärfste Kampfstellung einnimmt, während sie in jedem Falle von Aktionen diese Gruppe praktisch vor die Frage stellt, sich ihnen anzuschließen und daß sie schließlich die kommunistische Partei Italiens als einzig rechtmäßiges und vollberechtigtes Glied der kommunistischen Internationale anerkennt und kraftvoll unterstützt.

Mandatsniederlegungen.

Nach der Annahme dieser Resolution erklärte Genossin Zetkin zugleich im Auftrage des Genossen Levi, daß sie es mit ihren Anschauungen nicht vereinbaren könne, die Verantwortung für diesen Beschluß mit zu übernehmen, und an seiner praktischen Durchführung mitzuwirken. Ihrer Erklärung schlossen sich die Genossen Ernst Däumig, Adolph Hoffmann und Otto Braß an.

Darauf beschloß der Zentralausschuß folgende Erklärung, die gegen vier Stimmen angenommen wurde:

Erklärung.

Der Zentralausschuß erklärt zu dem Rücktritt der fünf Genossen aus der Zentrale folgendes:

1. Die grundsätzliche Auffassung des Zentralausschusses über die Bildung von kommunistischen Parteien in westeuropäischen Ländern deckt sich vollkommen mit der des 2. Weltkongresses der kommunistischen Internationale.

Diese Auffassung geht dahin, in allen Ländern breite Massenparteien zu schaffen, deren Mitglieder von kommunistischem Geist durchdrungen, von revolutionärer Kampfbereitschaft erfüllt sind, und die unter einheitlicher, klarer, kommunistischer Führung stehen.

2. Der Zentralausschuß hat mit dem Beschluß über die italienische Frage nicht einem neuen Prinzip über die

Schaffung kommunistischer Parteien zugestimmt, sondern zum Ausdruck gebracht, daß in Italien wie in Deutschland diese Taktik des 2. Weltkongresses der kommunistischen Internationale eingehalten worden ist, und nur die notwendige Abspaltung von den Reformisten und Zentristen vollzogen wurde. Wenn es dabei auch zur Trennung von der Gruppe Serrati gekommen ist, so deshalb, weil die opportunistischen und zentristischen Führer dieser Gruppe sich beharrlich weigerten, die Richtlinien der kommunistischen Internationale durchzuführen und lieber den Bruch mit den Kommunisten statt mit den Reformisten an Turcati vollzogen. Der Zentralausschuß hat mit der Annahme dieses Beschlusses insbesondere der jungen, von allen Gegenrevolutionären verfolgten kommunistischen Partei Italiens seine brüderliche Unterstützung ausgedrückt, wie es selbstverständliche Pflicht der internationalen Solidarität ist.

3. Der Zentralausschuß weist es weit von sich, mit der Annahme dieses Beschlusses der Theorie einer neuen Parteispaltung in Deutschland zugestimmt zu haben. Wir sind, wie die fünf zurückgetretenen Genossen, tief überzeugt, daß eine abermalige Spaltung der deutschen kommunistischen Partei — von Abspaltungen nach rechts oder links abgesehen — nicht zur Herausbildung einer schlagkräftigeren kommunistischen Partei führt, sondern nicht nur dem Kommunismus und der Sache der Revolution in Deutschland, sondern darüber hinaus in Europa schweren Schaden für längere Zeit zufügen wird.

Der Zentralausschuß sieht schon in dem bloßen Spiel mit der Idee einer neuen Parteispaltung der K.P.D. einen leichtfertigen und gefährlichen Gedanken, der nur Verwirrung in den eigenen Reihen stiftet und Hilfeleistung für unsere Gegner darstellt.

Der Zentralausschuß hält die Behauptung, daß die von der Exekutive in Italien angewandte Taktik notwendigerweise auch in Deutschland, Frankreich und den übrigen Ländern Westeuropas zu neuen Spaltungen der bestehenden kommunistischen Parteien führen müssen, für völlig grund- und haltlos.

Der Parteiauschuß beauftragt die Zentrale, sofort eine Erklärung der Exekutive einzufordern und ist überzeugt, daß diese Erklärung die Stellung der Mehrheit des Parteiausschusses rechtfertigen und die der Ausgeschiedenen als irrig zurückweisen wird.

4. Ein einträchtiges Zusammenarbeiten mit der Exekutive ist unerlässlich zur Durchführung der schweren Aufgaben der Internationale in Westeuropa. Die Herstellung eines solchen Zusammenarbeitens mit der Exekutive bedeutet nicht Verzicht jeder kritischen Stellungnahme und des ernsthaften Bemühens, etwaige Fehler der Exekutive richtig zu stellen und zu ändern.

5. Der Zentralausschuß erklärt, daß er keinerlei Meinungsdivergenzen grundsätzlicher Art in diesem Konflikt anerkennen kann. Der Zentralausschuß bedauert deshalb den Austritt der fünf Genossen aus der Zentrale.

Der Zentralausschuß ist der festen Überzeugung, daß in kürzester Zeit die unliebsamen Differenzen überwunden sind. Auch die jetzt zurückgetretenen fünf Genossen, die ihre weitere Mitarbeit zugesichert haben, werden sich davon überzeugen, daß ihre Einstellung eine falsche war, wenn die offizielle Erklärung der Exekutive der 3. Internationale und der Gang der Ereignisse in Deutschland und den übrigen Ländern unsere Auffassung bestätigt haben werden.

Wir erlauben die Parteigenossen, sich durch nichts irritieren zu lassen, den Weg des Kommunismus als Mitglieder der kommunistischen Internationale geschlossen und kraftvoll weiterzugehen.

Ergänzungswahl der Zentrale.

An Stelle der ausgeschiedenen fünf Genossen wurden gewählt:

Als Sekretäre die Genossen Paul Fröhlich, Ernst Meyer, Paul Böttcher und Max Sievers, Reutlingen.

Als Beisitzer: Genosse Wegmann.

Zu Parteivorständen wählte der Zentralausschuß die Genossen Walter Stöcker und Heinrich Brandler.

Zu den Münchener Vorgängen.

Nach Berichterstattung durch Genossen Kemmle und eingehenden Darlegungen der Genossen Thomas und Graf wurde folgender Beschluß gefaßt:

„Der Zentralausschuß mißbilligt das Verhalten des Genossen Graf wegen seines Verfassens im Bayerischen Landtag anlässlich der Stellungnahme zu den Ententeorderungen. Der Zentralausschuß sieht, da auch Graf sein Verhalten als einen Fehler einsteht und bedauert, von einem Ausschluß des Genossen Graf aus der Partei ab, erteilt ihm aber wegen seines passiven Verhaltens und wegen des Artitels in der „Neuen Zeitung“: „Sein oder Nichtsein“ eine Rüge. Der Genosse Graf wird sofort von München veretzt und muß sein Landtagsmandat niederlegen.“

„Der Zentralausschuß verurteilt aufs schärfste die Stellungnahme des Genossen Thomas in der „Neuen Zeitung“, München, anlässlich der Ententeorderungen und brandmarkt sie als eine den Grundzügen und der Taktik der Partei zuwiderlaufende und die internationale Aktion des Proletariats schädigende Haltung. Da aber Genosse Thomas seine Fehler einsteht und sie bedauert, sieht der Zentralausschuß von seinem Ausschluß ab, erteilt ihm aber für sein Verhalten eine Rüge und hält ihn wegen seiner ganzen politischen Einstellung zu jenen Fragen nicht für geeignet, an führender Stelle der Partei zu stehen und erucht die Zentrale, Genossen Thomas außerhalb Bayerns zweckentsprechend zu verwenden.“

Die Genossen Koenen und Hecker nach Moskau delegiert.

Die Zentrale unserer Partei beschloß in ihrer letzten Sitzung, die Genossen Koenen und Hecker in das Exekutivkomitee der 3. Internationale zu delegieren.

Lokales.

Alle Betriebsräte und Funktionäre des DGB., die auf dem Boden der 3. Internationale stehen, müssen unbedingt zu einer außerordentlich wichtigen Besprechung Montag, den 28. Februar, abends 7 1/2 Uhr, im „Blauen Schiff“, Herrengasse, erscheinen.
Der Fraktionsvorstand.

Magistrats-Mitteilungen.

Aufhebung des früheren Elftausend-Jungfrauen-Geländes an der Teubitzer Straße, gegenüber der Salsanplatz 11. Nachdem die Frist zur Abholung von Denkmälern, Säulen, Einfriedigungen, Bäumen usw. auf Grabhügeln, sowie die Beseitigung von Gräbern am 18. Februar d. J. abgelaufen ist, ist aber noch eine große Menge dergleichen Materials auf dem Kirchhofe vorhanden, so legt der Magistrat noch eine letzte Frist zur Abholung der Denkmäler bis einschließlich den 6. März 1921 fest. Vorträge auf Herausgabe sind schriftlich an uns oder an unser Büro II, Schlossstraße Nr. 7, 2 Treppen zu richten.
Nach dieser Frist wird der Magistrat mit der Beseitigung der Denkmäler, Einfriedigungen usw. beginnen und die gewonnenen Materialien zu Gunsten der Stadtgemeinde verwenden, da das Gelände für Zwecke des Kleingartenbaus bestimmt ist.

Literarisches.

Das kommunistische Manifest. Mit einem einleitenden Vorwort und ausführlichem Namen- und Fremdwörterverzeichnis herausgegeben von Dr. Hermann Duncker. Preis 2.- Mk.
Dieses klassische Dokument von Marx und Engels, mit einem zeitgemäßen Vorwort herausgegeben, war äußerst notwendig. Jeder Klassenbewußte Arbeiter müßte dieses noch heute geltende Buch, das schon vor 70 Jahren geschrieben wurde, gelesen haben. Das Studium wird wesentlich erleichtert durch das Namen- und Fremdwörterverzeichnis, was dieser Ausgabe angehängt ist.

Alle kommunistische Literatur besorgt die Kommunistische Bucherei Breslau 5, Gräbischer Straße 45.

Große öffentliche Versammlung

aller streikenden Bekleidungsarbeiter
am Sonntag, den 27. Februar, vorm. 9 1/2 Uhr,
im Birkus Busch. Das Erscheinen aller Kollegen,
auch der unorganisierten, ist Pflicht.

Versammlungskalender.

Alle kommunistischen Betriebsräte müssen am Montag abends pünktlich 8 Uhr im Parteilokal zu einer vollständigen Besprechung erscheinen. Thema: Stellungnahme zu den Betriebsrätewahlen.
Aussichtsrat und Vorstand. Sozial. Verlag. Montag, den 29. Februar, abends 7 Uhr, Sitzung im Parteilokal. Wichtige Tagesangelegenheiten.

Wärtha. Montag, den 29. Februar, abends 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung im „Bismarckgarten“. Wichtige Tagesordnung. Mitgliedsbücher mitbringen.
Freiburg. Vertrauensrat Montag, den 28. Februar, abends von 7 bis 9 Uhr, im „Buchwald“ Mittelzimmer, findet die Abrechnung für Januar und Februar statt. Bitte und Marken sind mitzubringen.
Der Kassierer.

Für Rotarmisten gingen ein: Von Genossen Kother, Altmasser, Charlottenbrunn Straße 134, Reisbrotmarken für 10 1/2 Pfund Brot. Von Genossen Simbricky, Altmasser, Karlsruhtentel, Reisbrotmarken für 7 Pfund Brot.

Herausgeber: „Sozialistischer Verlag e. G. m. b. H.“
Annoncen-Expedition: Breslau 5, Kaiserplatz 7. Telefon: 1904
Verantwortlich für den gesamten Inhalt Kurt Weber.
für Inserate: Liebschwager & Meyer.
Druck: Buchdruckerei Bäßel & Danigel, sämtlich in Breslau.

Stadttheater.
Sonntag nachm. 8 1/2 Uhr:
Der Freischütz.
Abends 7 Uhr:
Cavalleria rusticana.
Premier: Der Bajazzo.
Johr-Theater.
Sonntag 7 1/2 Uhr:
Schloß Wetterstein.
Thalia-Theater.
Sonntag 7 1/2 Uhr:
Jägerblut.
Schauspielhaus.
Operntheater, II. R. 2545
Tag 7 1/2 Uhr:
Die kluge Major.
Sonntag nachm. 8 Uhr:
Der liebe Augustin.

Liebig-Theater
Täglich 7 1/2 Uhr:
Jillenebs Löwen
und das glänzende
Februar-Programm.

Bedeutend Möbel
billigere
Bel. Schrank 2 Stk. 52.-
Bel. Verkleid. 2 Stk. 28.-
Bel. Bettstel. 2 Stk. 28.-
Bel. Rohrbühne 48.-
Bel. Tisch 28.-
Bel. Stuhl 52.-
Kompl. Schlafzimmer 340.-
Kompl. Küche von 50.- an.
Chalk. Longues 24.-
Polstermatratze 10.-
Max Gieseler, Brüderstr. 23

Wunderwaren
jeder Art
Spülspritzen
Sprigatoren
reib. u. Konstabanden
sowie sämtliche
Frauenartikel
Auskauf wegen Einlösung
den 1. - März
Fr. C. Helbing
Breslau L., Kohlstr. 13

Wiederverkäufer!
Spezial-Geschäft für
Garne, 200 st Holz
2. Mark, Zutra, 100
Sterne 4: u. 55 Mk.
Schubsenkel u. 0,48 Mk.
an. Gummiband und
alle Kurzwaren. Druck-
knöpfe „Rose“ 4,50 Mk.
per Grs. „Paradeur“
5,75 Mk. p. Grs. Baum-
metre 1,65 Mk. etc.
Probierladung 50 bis
100 Mk. p. Nachh. od.
Vorauszahlung u. Post-
scheckkonto 45497.
L. Lehmann, Poststr. 7.
Breslau. Tel. 228

Dauer-Wäsche
Richard Schinke
Breslau, Oberstr. 12

DOYEN
KORK
ADLER COMPAGNIE
CIGARETTEN-FABRIK AG

Raulino Tabak
einmal versucht
immer verlangt.
für kurze Pfeife

Schög, roter Streifen	50 Gr. Mk.	2.50
„ lila	50 „ „	2.75
„ grüner	50 „ „	3.00
„ schwarzer	50 „ „	4.00

Zu haben in den Zigarren-Geschäften.
Vertretung für Schlesien:
Curt Friedlaender, Breslau 13
Gutenbergstrasse 10
Fernsprecher: Ring 361.

Besondere Angebote in der Damen-Konfektion

300 Stk Kostümröcke aus soliden, praktisch. Stoff. weite Glock- u. Faltenformen m. Taschen u. Knopfgarn.
Serie I: Jeder Rock Mk. 29,50
Serie II: Jeder Rock 45,-
1 Posten Damen-Kostüme aus rein wollenen u. halb-wollen. Cheviotstoff, neuest. Formen, reiche Tressen- u. Knopfgarnierung, teils a. Seide gefüttert in marine-blau, schwarz und grau. Jedes Kostüm Mk. 385,-
300 Stk Damen-Blusen, eigene Anfertigung aus nur pa. Uebergangsstoff. in schwarz-weiss kariert, gestreift, sowie pa. Sportflanell, fesche Sportfassons u. weisse Leinen-Oberhemdblusen in flotter Verarbeitung alle Grössen. Einheitspreis Jede Bluse Mk. 48,-
1 Posten Weisse Konfirmanden-Kleider a. wasch-festen, gestickten Batiststoffen mit hübschen Einsatz. Das Kleid Mk. 95,-
Schwarze u. farbige Konfirmanden-Kleider aus wollenen und halbwollenen Stoffen mit Kurbelsticker. in Tailen- und Kittelform. Das Kleid Mk. 185,-
100 Stk Mädchen-Schulkleider, eigene Anfertigung aus nur pa. feinartig karierten, praktischen Stoffen in reizender Verarbeitung, für das Alter von 7 bis 14 Jahre, je nach Grösse das Kleid Mk. 135,-, 95,- u. 78,-

3000 St. Einmaliges Angebot!
Toilettefeinseife (Reinigtseife) groß 2,45
Glück u. 100 Gr. 2,-

5000 Meter Hemdenbarbeut und Oxford
nur prima waschfeste, wollige Ware
Serie I Meter 8,50 Serie II Meter 11,50

Konfirmanden-Anzüge
in größter Auswahl.
Max Landsberg
Gräbischer Str. 27
Ecke Hotelstr.

Konfirmanden-Hüte
Hüte von 22 Mark an
Herrn-Filzhüte
In billigsten Preislagen in großer Auswahl.
Max Landsberg
Gräbischer Str. 27
Ecke Hotelstr.

Jeden Sonntag **Familien-Abend**
mit humoristischen und musikalischen Unterhaltungen, wozu ergebenst einladet
Soika, Leuthenstr. 12/14
Inserate haben in der „Schlesischen Arb.-Ztg.“ großes Erfolg.

Die glückliche Geburt eines gesunden, fröhlichen Knaben, geboren am 27. Februar 1921, um 10 Uhr 15 Minuten, wozu hochachtungsvoll
Carl Schmidt u. Frau
Gräbiche 23, Gräbiche
Gräbischer Str. 27
Breslau

Achtung! Wo?
Wohin man neue und gele. Mittel sowie ganz Einrichtungen am billigsten und vorzüglichsten?
Bei **H. Kluge**,
Krausstr. 112, un-1. Etz.
Händlerprovisoren 2,25
p. Hekt. Nikolaistr. 16/17

Kranke
Herrn- u. Damen- u. Kinder-Ge-schlechtskrankheiten behandelt mit Erfolg. Wiedererlangung Anzeichen von ungesundem Patienten.
Klinik Franz Joschke,
Palmer 22, II. Etz. 121.
9-1, 3-7, Sonntags 9-12.
Ulrich, Friedrichstr. 6

An unsere Inserenten
Die Annahme für Inserate befindet sich
ab März ab nicht mehr in Händen
Herrn Liebschwager & Meyer, Post-
Kassierstraße 49/50, in der Geschäfts-
der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“.
Vertreter ist Herr Ad. Bräuniger,
Krahe Nr. 2a.
Hierzu eine Karte

Das Problem der Kriegsoffer

Zweck der Organisation — Rolle der Partei — Die künftigen Aufgaben.

Von Waldemar.



In heutiger Lage werden in Deutschland die Kriegsbeschädigten und -hinterbliebenen in Massen demonstrieren, damit der Staat sich daran erinnert, daß seine „Selbstsöhne“ von damals, heute oft die „Tageelbe“ genannt, und ihre Hinterbliebenen noch nicht verreckt sind. Sie wollen zeigen, daß sie noch leben, oder besser gesagt, vegetieren in sinkigen Löchern, krank, unterernährt und mit ihren Angehörigen hungierend oder auf der Straße bettelnd. Gibt doch die glorreiche deutsche Republik den Kriegsoffern eine Rente, die etwa ein Drittel dessen beträgt, was nach amtlichen Feststellungen als Existenzminimum angesehen werden muß. Der Hohn dieser Hungerrenten wird noch vergrößert durch die Schmach einer Dreiklassenerteilung, bei der die „besseren“ Berufe die höchsten Zuschläge erhalten, der gewöhnliche Proletarier, der ungelernete Arbeiter aber leer ausgeht.

Man vergleiche damit, was die russische Sowjetrepublik trotz ihrer ungünstigen wirtschaftlichen Lage zu leisten imstande ist.

Die russischen Kriegsbeschädigten (und Arbeitsinvaliden) erhalten nach dem Dekret vom 28. April 1919 bei mehr als 60 Prozent Erwerbsunfähigkeit eine Rente in voller Höhe des Durchschnittslohnes ihres Wohnortes, bei 45 bis 60 Prozent drei Viertel, bei 30 bis 45 die Hälfte, bei 15 bis 30 Prozent ein Fünftel des Betrages.

Die Hinterbliebenen beziehen eine Rente von 60 Prozent des Durchschnittslohnes, bei zwei arbeitsfähigen Familienmitgliedern von 100 Prozent des Durchschnittslohnes der betreffenden Gegend.

Die Kriegsoffer werden am Sonntag in den vom Internationalen Bund der Kriegsoffer an allen Orten veranstalteten Demonstrationen und Straßenumgebungen zeigen, daß sie nicht ruhig zusehen wollen, wie diejenigen, für die sie zum Krüppel geworden sind, ein Schlemmerleben in Luxus und Ueberfluß führen, während sie selbst die bitterste Not leiden und elend zugrunde gehen.

Aus diesem Anlasse ist es angebracht, einige prinzipielle Ausführungen über das Problem der Kriegsoffer zu machen, da hierüber selbst in den Reihen der kriegsbeschädigten Parteigenossen nicht immer die gewünschte Klarheit herrscht.

Soweit wir die Dinge überblicken können, besteht über zwei Punkte nicht genügend Klarheit, nämlich einmal über die Aufgaben der wirtschaftlichen Organisationen, also auch der Organisation der Kriegsoffer im kapitalistischen Staat überhaupt und zum anderen über das Verhältnis der Kommunistischen Partei zu diesen wirtschaftlichen Organisationen.

Die Organisation der Kriegsoffer hat eine Sonderaufgabe zu lösen, für die die Gewerkschaften nicht eingestellt waren. Aus der körperlichen und gesundheitlichen Beschädigung ergaben sich millionenfach Ansprüche, Gesuche, Verhandlungen, Untersuchungen, die Notwendigkeit der Rechtsberatung und die Vertretung in den Fürsorgeämtern und Militärversorgungsgerichten usw. Diese Arbeit hat die Organisation der Kriegsoffer zu übernehmen. Aber ihre erste und wichtigste Aufgabe ist es, dabei die Illusion zu zerstreuen, als ob der zerrüttete bankrotte Staat in der Lage wäre, selbst den guten Willen vorausgesetzt, die kriegsbeschädigten und -hinterbliebenen ausreichend zu versorgen. Heute stehen allerdings von sechs anerkannten Organisationen noch fünf auf diesem ganz unhaltbaren Standpunkt.

Ebenso wenig wie es heute genügen kann, in den Gewerkschaften nur für eine allgemeine Aufbesserung der Lebensbedingungen der Arbeiterklasse und die Verkürzung der Arbeitszeit einzutreten, weil die Klasse der Kapitalisten jeden Tag weniger imstande ist, die Volkswirtschaft wieder herzustellen, so muß auch die Organisation der Kriegsoffer über dieses Ziel hinaus den Kampf führen zur Rettung der Wirtschaft durch die Kontrolle der Produktion durch die Arbeiterklasse zur

Diktatur des Proletariats.

Und sie hat dabei ihren Mitgliedern keine Zweifel darüber zu lassen, daß dieser Weg kein anderer sein kann, als der Weg des Klassenkampfes mit allen seinen Konsequenzen und daß es deshalb nicht möglich ist, bestimmte unvermeidliche Formen dieses Kampfes oder wenigstens ihre Propaganda abzulehnen.

Wir sehen daher in einem entschiedenen Gegensatz zu der naiven Auffassung der „neutralen“ Verbände, die da glauben, durch „Beschränkung“ auf die „Gegenwartsforderungen“ der Kriegsoffer schneller zum Ziel gelangen zu können. Eben die Durchführung dieser „Gegenwartsforderungen“ ist im kapitalistischen Staat nur zum geringsten Teil zu erreichen. Eine Organisation der Kriegsoffer wird deshalb umso erfolgreicher sein, je mehr sie revolutionär eingestellt ist. Wir meinen damit nicht, daß in ihr mit möglichst großem Pathos schöne revolutionäre Worte gesagt werden, sondern wir verstehen darunter Einstellung der gesamten Kampfeslinie auf das Ziel der Erringung der wirtschaftlichen und politischen Macht durch die Produktionskontrolle. Daran ergibt sich, daß der

Kampf der Kriegsoffer nicht isoliert geführt werden kann, sondern daß er nur einen Teil des Befreiungskampfes des Gesamtproletariats bilden muß. Mit aller Entschiedenheit müssen die leider noch oft auftretenden vereins-egoistischen Anschauungen der Kriegsoffer bekämpft werden, die in dieser Einstellung eine Gefährdung ihrer schönen Kriegsbeschädigtenorganisationen erblicken. Alle sentimentalischen Betrachtungen können die Tatsache nicht aus der Welt schaffen, daß die bittere Not der Kriegsbeschädigten und ihrer Hinterbliebenen nur eine Teilerscheinung des allgemeinen kapitalistischen Zusammenbruchs ist und daher nur nach ihm, d. h. durch die notwendige Umstellung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung nach Profit in die kommunistische Gemeinwirtschaft, restlos verschwinden kann. Der Ausbeuterstaat muß untergehen, damit die Ausgebeuteten, nicht zuletzt auch die Kriegsoffer, leben können.

Wenn wir dies feststellen, so sagen wir damit nicht, wie es z. B. die KPD tut, daß sich die Kriegsbeschädigten überhaupt nicht organisieren sollen. Diese Parole bedeutet Fahnenflucht vor der revolutionären Arbeit und Beschränkung auf die Phrase. Es ist auch nicht so, wie irrtümlich geglaubt wurde, daß wir — um ein in den Diskussionen der letzten Monate oft benutztes Bild zu gebrauchen — den Verdurstenden den Schluß Wasser auf ihrer Wästenwanderung nicht gönnen und auf den erschöpfenden kommunistischen Zukunftstrunk warten wollen. Im Gegenteil, wir werden uns des Tageskampfes der Kriegsoffer mit besonderem Nachdruck annehmen, aber gerade bei diesem Kampf können wir die Unmöglichkeit der Erfüllung aller berechtigten Forderungen der Kriegsoffer im jetzigen Staat beweisen. Und gerade die Forderungen des Offenen Briefes, der sich auch mit der Besserung der Lage der Kriegsoffer befaßt, sowie die Richtlinien der kommunistischen Fraktion der Kriegsoffer zeigen, daß es uns um diesen Kampf ernst ist.



Indem die KPD diese Aktionsgrundlage vorschlägt, verheimlicht sie keinen Augenblick, daß die aufgestellten Forderungen ihre Not nicht restlos beseitigen können. Ohne auch für einen Augenblick darauf zu verzichten, in den Arbeitermassen den Gedanken um den Kampf, um die Diktatur, den einzigen Weg zur Erlösung, weiter zu verbreiten, ohne darauf zu verzichten, die Arbeitermassen in jedem günstigen Moment zum Kampf um die Diktatur aufzufordern und zu führen, ist die KPD bereit, mit allen anderen Parteien, die sich auf das Proletariat stützen, gemeinsam die Aktion um die in dem Offenen Brief angeführten Maßnahmen durchzuführen.

Was nun zum anderen die Rolle der Partei bzw. der kommunistischen Fraktion innerhalb der wirtschaftlichen Organisationen anbetrifft, so kann in ihr nur der eine Gefahr erblickt, der ihr Wesen verkennet.

Was ist die kommunistische Partei? Die Zeitsätze der kommunistischen Internationale befagen hierüber u. a.:

„Die kommunistische Partei ist ein Teil der Arbeiterklasse und zwar der vorgeschrittenste, Klassenbewussteste und daher revolutionärste. Die kommunistische Partei hat keine von den Interessen der gesamten Arbeiterklasse abweichende Interessen.“

Die kommunistische Partei ist der organisatorische Hebel, mit dessen Hilfe der vorgeschrittenste Teil der Arbeiterklasse die gesamte Masse des Proletariats und des Halbproletariats auf den richtigen Weg lenkt.

Die wichtigste Aufgabe einer wirklichen kommunistischen Partei besteht darin, immer in engerster Fühlung mit den breitesten Schichten der Proletarier zu bleiben. Um das zu erreichen, können und sollen die Kommunisten auch in solchen Vereinigungen wirken, die nicht parteifähig sind, die aber große Proletariererschichten umfassen, wie z. B. Kriegsbeschädigtenorganisationen in den verschiedenen Ländern, Comites der Hands of Russia in England, proletarische Mietervereine usw.“

Die Aufgaben der kommunistischen Fraktionen bestehen daher in nichts anderem, als die wirtschaftlichen Organisationen mit der Erkenntnis für die besten Methoden des

proletarischen Befreiungskampfes, d. h. mit dem Geist des Kommunismus zu erfüllen. Wer in Kommunismus eine Gefahr sieht, hat ihn entweder nicht begriffen, oder er ist ein Konterrevolutionär.

Daß bei der

Fraktionsbildung

gerade auch im „Internationalen Bund“ Ungeheuerlichkeiten begangen worden sind, darf keinen Vorwand bilden, die Fraktionsbildung überhaupt zu bekämpfen. Es ist immer noch besser, wenn irgendwo ein neugeborener „Vorstand der Zelle“, wie wir neulich so nett in einem Verfallungs-kalender lesen konnten, in seinem Ueberreifer einige Dummdinge macht, die leichter zu reparieren sind, als wenn in 700 Ortsgruppen überhaupt nichts geschieht und diese dadurch ganz verjumpten.

Bei dieser Gelegenheit müssen wir auch ein Wortchen mit denjenigen reden, die uns mit Stolz erklären, daß bei ihnen eine Fraktionsbildung deswegen nicht notwendig sei, weil sie schon die Organisation „gereinigt“, d. h. die Nichtkommunisten hinausgeworfen, zum mindesten aber aus der Leitung beseitigt hätten. Eine derartige Hausnechtheit kann niemals die Aufgabe einer kommunistischen Fraktion sein. Im Gegenteil, die Fraktion hat durch ihre sachliche Arbeit auch den Nichtkommunisten in der Organisation zu beweisen, daß nur unser Weg der einzig gangbare ist. Es kann niemals die Rede davon sein, daß eine wirtschaftliche Organisation sich nur aus Angehörigen bestimmter Parteien zusammensetzen darf, sondern sie hat alle Proletarier zu umfassen, und gerade deshalb ist es die Aufgabe der Fraktion, innerhalb dieser Organisationen die kommunistischen Kräfte zur gemeinsamen Aufklärungsarbeit zusammenzufassen.

Die Fraktion darf natürlich kein Vereinen, keine Spielerei werden, bei der die Vorstandswahl, Mitglieds-karten oder vielleicht noch ein besonderes Abzeichen die Hauptsache sind. Die Fraktion muß eine Arbeitsgemeinschaft sein, die nicht schwagt, sondern handelt, die unter Vermeidung aller persönlichen Angriffe ihre Forderungen formuliert und erst dann in schärfster, aber immer sachlich bleibende Opposition tritt, wenn die Forderungen von den Leitungen abgelehnt werden.

Die von der Reichsgewerkschaftszentrale herausgegebenen Richtlinien (Waldemar: „Das Problem der Kriegsoffer“ Preis 1,50 Mk.) sind durch alle Parteibuchhandlungen oder für Organisationen zu ermäßigten Preisen direkt durch die Arbeiter-Buchhandlung, Berlin, Kassenstraße 1, zu beziehen und bilden einen ausführlichen Leitfaden für die Fraktionsarbeit.

Gegen Genossen, die sich auch nach erfolgter Aufklärung weigern, im Sinne dieser Richtlinien zu arbeiten, ist sofort in entsprechender Weise vorzugehen.

Am Sonntag wird die kommunistische Fraktion der Kriegsoffer Gelegenheit haben, ihren Befähigungsnachweis zu erbringen. Es müssen gerade die Mitglieder der Fraktion sein, die die Demonstration in der wirksamsten Weise unterstützen, und die in sachlichen Darlegungen versuchen müssen, über die gestellten Forderungen hinaus, über die wir bereits berichtet haben, weitere Forderungen durchzusetzen.

Die Richtlinien der kommunistischen Fraktion fordern vor allem prinzipiell eine

Änderung des gesamten Rentenverfahrens

überhaupt. Es ist eine, vielen allerdings noch nicht genügend zum Bewußtsein gekommene Ungeheuerlichkeit, daß die Opfer des Krieges aus den allgemeinen Steuergroschen, von denen das Proletariat relativ am meisten zahlen muß, entschädigt werden sollen, anstatt aus der Tasche derer, für die die Kriegsoffer verblutet, die Nutznießer des imperialistischen Völkermordens gewesen sind, d. h. auf Kosten der Unternehmer.

Wir fordern deshalb

die Eingliederung der Kriegsoffer in den Produktionsprozess!

Diese Eingliederung hat in der Weise zu geschehen, daß der Beschädigte mit dem vollen Tariflohn in den Betrieben eingestellt wird. Die Ausfüllung des Mehrlohnes für die nur teilweise erwerbsfähigen oder ganz erwerbsunfähigen Kriegsoffer hat durch die Unternehmer im Umlageverfahren nach Industriegruppen zu geschehen. Bis zur Regelung dieser Angelegenheit fordert die kommunistische Fraktion u. a.:

1. Sofortige Erhöhung des Steuerzuschlages bei der Rentenberechnung auf vorläufig 100 Prozent bis zu der von uns vorgeschlagenen Neuregelung der Versorgung.
2. Sofortige Gewährung einer Entschuldungssumme in Höhe von 1000 Mark an alle Kriegsoffer ohne Rücksicht auf die Rentenhöhe, mit einem Zuschlage von je 20 Prozent für jede Person, für die der Kriegsbeschädigte oder die Hinterbliebene unterstützungspflichtig sind.
3. Entfernung der militärischen Beiführer und Schriftführer aus den Militärversorgungsgerichten und Ersatz durch Vertreter der Kriegsoffer.
4. Fahrpreisermäßigung für alle Kriegsoffer auf allen örtlichen Verkehrsrichtungen. Freie Fahrt für Schwerkriegsbeschädigte, Kriegsblinde und Begleiter.

5. Beschleunigung größerer Wohnungen, Villen, Schlösser und öffentlichen Gebäude. Herrichtung derselben und Zuweisung als Wohnungen für die Kriegsoffer.

Darüber hinaus haben die Kriegsoffer Gelegenheit, durch ihre Zustimmung zu den Forderungen des Offenen Briefes zu beweisen, daß sie in die gemeinsame Kampfesfront des Proletariats auch über ihren engsten Interessentkreis hinweg eintreten wollen.

Wenn wir von diesem prinzipiellen Standpunkt aus die Erweiterungen in den Reihen der Kriegsoffer und die künftige Entwicklung der Organisationen betrachten, so sehen wir vier Aufgaben,

denen sich die Kommunisten mit aller Energie zu widmen haben.

Erstens müssen wir dafür sorgen, daß auf der Osteragung des Internationalen Bundes der Kriegsoffer ein

neues Programm

geschaffen wird, das die Grundlage für eine wirklich revolutionäre Arbeit der Kriegsoffer zu bilden hat. Ein solches Programm bedeutet nicht Spaltung, wie einige Ungeistliche meinen, sondern es ist überhaupt die einzig mögliche Grundlage, auf der ein Weiterarbeiten im Internationalen Bund möglich ist, wenn er nicht zu einem Trümmerhaufen werden soll.

Die Grundgedanken der kommunistischen Fraktion der Kriegsoffer finden neuerdings auch bei denen mehr oder weniger Zustimmung, die sie bis vor kurzem in entschiedener Weise bekämpft haben. Es wird uns lediglich noch der Vorwurf gemacht, daß die Austragung der Gegensätze in anderer Form hätte erfolgen sollen, da die Diskussion in der breitesten Öffentlichkeit dem Internationalen Bunde als Organisation großen Schaden zugefügt habe. Es steht in dieser Auffassung noch etwas von jenen alten Parteilichungen über die Heiligkeit der Organisationsform, für die wir Kommunisten kein Verständnis mehr besitzen. Nachdem die Gegensätze sich immer deutlicher zeigten und zu einem unhaltbaren Zustande geführt hatten, mußten sie in vollster Öffentlichkeit ausgetragen werden. Wir glauben, daß die kommunistische Fraktion nicht nur das Verdienst einer prinzipiellen Klärung für sich beanspruchen darf, sondern auch das Verdienst überhaupt die so notwendige Diskussion der wirtschaftlichen und politischen Probleme anstelle der gefühlsmäßigen Betrachtungen ins Leben gerufen haben.

Nach der neuesten Entwicklung der Verhältnisse im Internationalen Bund ist es durchaus möglich, wir möchten

fast sagen sicher, daß eine reifliche Einigung auf kommunistischem Boden erzielt wird. Wir können uns wenigstens heute noch nicht vorstellen, daß sich die Leute finden sollten, die es ablehnen, den einzigen überhaupt möglichen Weg zu gehen.

Mit der Schaffung des Programms allein ist es allerdings nicht getan. Nachdem die Organisation ein neues Rückgrat erhalten hat, muß durch eine straffe Zentralisation die Möglichkeit geschaffen werden, dieses Programm auch in den einzelnen Bezirken in die Wirklichkeit umzusetzen.

Die zweite, wichtigste und zugleich schwierigste Aufgabe wird es sein, mit Hilfe unserer Fraktionen die sogenannten zentralen Verbände,

die über 3 1/2 Millionen Mitglieder, darunter naturgemäß große proletarische Schichten umfassen, für uns zu gewinnen, indem wir ihnen beweisen, daß ihr Glaube an die Macht des Parlaments, das ihnen unbedingt ihre Forderungen bewilligen müsse, wenn sie nur laut genug schreien, ein falscher Glaube ist. Für die Durchführung der Arbeit muß natürlich erst durch Kurse ein Stab tüchtiger Agitatoren geschaffen werden, die auch wirklich imstande sind, eine klare und Erfolg versprechende Aufklärungsarbeit zu leisten. Wir verlangen daher von unseren Genossen, die neutralen Organisationen angehören, nicht, daß sie aus diesen austreten, sondern im Gegenteil, daß sie drinnen bleiben und die Keimzelle für die kommunistische Aufklärungsarbeit bilden müssen.

Hier gibt es außerordentlich viel Unterlassungssünden nachzuholen, und es wird der intensiven Anspannung aller Kräfte bedürfen, um hier Versäumtes nachzuholen.

Die dritte Aufgabe, die sich aus den beiden ersten naturnotwendig ergibt, ist die

Zusammenfassung aller Kriegsoffer

zu einer einheitlichen, revolutionären Kampforganisation, die Hand in Hand mit dem Gesamtproletariat in den Kampf zieht. Dabei wird der Kreis der Kriegsoffer eine Erweiterung erfahren müssen, in den wir auch die Arbeitsinvaliden, deren Lage noch ungünstiger ist als die der Kriegsoffer, ebenso die Revolutionsopfer, die Erwerbsbeschränkten und die Vertriebenen einbeziehen.

Die vierte Aufgabe ist die Klärung der Frage der Internationale.

Auch hier kann es für die Kommunisten kein Schwanken geben. Sie haben daher darauf hinzuwirken, daß aus der

in Genf gegründeten Internationale der Kriegsoffer den Anschluß an die Rote Gewerkschaftsinternationale, eine revolutionäre internationale Zusammenschauung der Kriegsoffer ermöglicht wird.

Es kann natürlich nicht unsere Aufgabe sein, im Rahmen dieser Ausführungen auf die Einzelheiten dieser vier Programmpunkte hier ausführlicher einzugehen. Hierzu wird auf dem Bundestag in Magdeburg ausgiebige Gelegenheit geboten sein.

Am Sonntag aber müssen die kommunistischen Kriegsoffer ihren Mann stellen, damit aus der Demonstration eine Kundgebung wird, die der Bourgeoisie, die eben im Begriffe ist, die geplante Trauerkomödie für die Kriegsoffer mit Rücksicht auf das schöne Geschäft bei der Leiharbeiter-Messe wieder zu verschieben, recht nachhaltig in den Ohren klingen wird.

Darum auf zur Demonstration mit der Parole:

Fort mit der politischen Neutralität!

Fort mit der Behandlung des Kriegsbeschädigtenproblems als innerhalb der kapitalistischen Wirtschaftsordnung zu lösenden Tagesfrage!

Für die Forderungen der kommunistischen Fraktion der Kriegsoffer und den Offenen Brief!

Für die Gemeinschaft des Kampfes der Kriegsoffer mit dem Befreiungskampf des Gesamtproletariats!

Es lebe der Kommunismus!

Es lebe die dritte Internationale!



Zur Taktik der Partei.

Von Max Berg.

Anknüpfend an die Entscheidung in Livorno, an die Aufnahme der KPD als jamaatführende Partei in die 3. Internationale und der Unionen in die Rote Gewerkschaftsinternationale hatte sich eine Diskussion über taktische Fragen in unserer Partei entwickelt. Leider zwang uns Raummangel, von einer ausgiebigen Stellungnahme abzuheben. Inzwischen haben die Gegensätze insbesondere in der Beurteilung der italienischen Parteifrage zu einer Veränderung im Bestande der Parteizentrale geführt. Wir berichten an anderer Stelle über die Entscheidungen des Zentralausschusses der Partei.

Die Probleme, um die es sich dreht, sind von großer Bedeutung für die Taktik der kommunistischen Internationale, die eine internationale Partei ist, und damit auch für die deutsche Sektion der kommunistischen Internationale, die KPD.

Wenn die Sozialdemokraten darob schreien „Zerlegung in der KPD“ usw., so beweisen sie dadurch nur, daß sie das Wesen der kommunistischen Internationale nicht begriffen haben oder den Massen gegen besseres Wissen ein irreführendes Bild von ihr machen wollen und sie von dem gesunden, wachsenden Leben der kommunistischen Partei fernhalten möchten, was angesehend werden würde, wenn sie objektiv über die Leben zugehenden Auseinandersetzungen bei uns berichteten. Wir aber wissen, daß wir leben, daß die kommunistische Partei keine Pappelherde ist und werden es den sozialdemokratischen Arbeitern immer wieder sagen, und durch die Taten zeigen. Die Redaktion.

Die italienische Parteifrage.

Sehen wir hierbei gleich an den Kern der Frage heran: welcher Taktik die Kommunisten gegenüber den linken Arbeitermassen, solange sich diese noch unter menschenwürdiger Führung befinden, betätigen müssen, um sie organisatorisch und politisch auf den Boden der kommunistischen Internationale zu bringen. Damit im engen Zusammenhang steht die Frage: Wann ist in einem Lande die kommunistische Partei zu gründen?

Der Genosse Levi hat darüber folgende Theorie*) aufgestellt:

Für die Bildung einer kommunistischen Partei sind zwei völlig verschiedene Möglichkeiten und Voraussetzungen gegeben. In der ersten ist das Proletariat noch nicht in revolutionären Aktionen, so kann die Gründung einer kommunistischen Partei nicht früh genug geschehen. In der zweiten ist das Proletariat in Deutschland, das nicht viel bedeuten, daß die Gründung einer kommunistischen Partei nicht schon längst vollzogen wurde vor dem Kriege, daß nicht schon 1903 die Kommunisten, und wenn auch nur als kleine Sekte, sich zusammenfanden und eine, wenn auch kleine, so doch klare Partei bildeten.

Kurzum aber liegen die Verhältnisse, wenn die Massen bereits in revolutionären Aktionen eingetreten sind. Dann kann man sagen: Die kommunistische Partei kann nicht spät genug gegründet werden. Denn sind die Massen einmal in der revolutionären Bewegung begriffen, so ist ihr geistiger Umwälzungsprozess, der Prozess ihrer Revolutionierung, ein so rascher, so sicher, werden bestehende Parteigruppen und bestehende Parteigruppen so rasch über den Haufen geworfen, daß jeder Tag, den die Kommunisten länger in der Partei bleiben und so den Revolutionierungsprozess der Partei verzögern, ein Verbrechen ist.

Die in dem 2. Absatz dieses Zitats ausgesprochene Auffassung glaubt der Genosse Levi mit den Erfahrungen in Deutschland begründen zu können. Er bezieht an derselben Stelle die Möglichkeit der Gründung der kommunistischen Partei Deutschlands im Januar 1919. Auch in dem Artikel „Wir und die Exekutive“ (Rote Fahne 6. Februar) schreibt er, er habe sich objektiv im Lichte der späteren Ereignisse die

Trennung vom linken Flügel der Unabhängigen als nicht richtig herausgestellt. Das ist die Lehre, die Levi u. a. auch den italienischen Genossen beibringen wollte, wenn er schreibt (Art.: „Wir und die Exekutive“, Rote Fahne, 6. Februar): „Soweit aber eine Partei innerhalb der Internationale für eine andere Lern- und Lehren sammelt, schien es uns nötig, den italienischen Genossen die Lehre vermitteln zu müssen, daß man nicht leichtfertig die Fühlung mit diesen Massen, die den linken Unabhängigen entsprechen, aufgeben.“

Ist die Lehre und die Theorie des Gen. Levi nun richtig? Darauf kommt es bei der Beurteilung der italienischen Frage hauptsächlich an. Auf den ersten Blick möchte es leichtlich scheinen. Es ist ja eine so einfache Rechnung: Sind nicht die linksunabhängigen Arbeiter schließlich doch wieder mit den früher aus der KPD. ausgestiegenen Genossen zusammen gekommen? Wäre das nicht einfacher und schneller gegangen, wenn wir uns erst auseinander getrennt wären?

Aber diese Rechnung ist nur sehr, sehr trüblich richtig. Sie hat ein großes Loch. Sie vergißt alles, was nötig ist, und was von der KPD. bei allem Suche und trotz aller Fehler auch geschehen ist, um die linksunabhängigen Arbeitermassen ideologisch und organisatorisch von den Zentrumsführern zu trennen.

Gen. Levi stellt dafür die Theorie auf, daß jeder Tag, den die Kommunisten länger in einer Partei wie der KPD. bleiben und so den Revolutionierungsprozess der Parteimitglieder mitführen können, ein Verbrechen ist.

Man stelle sich nun einmal vor, die KPD. nach dem Januar 1919 noch als Fraktion innerhalb der KPD. organisiert. Das hätte bedeutet den Verzicht auf eine kommunistische Politik, d. h. den Verzicht darauf, dem Proletariat zumindest als Kommunisten in Form von Parolen zu sagen, was es in konkreten Fällen im revolutionären Sinne zu tun hat, welche Taktik es im einzelnen auf den verschiedenen Gebieten der Arbeiterbewegung einzuschlagen hat, entgegen den Vorschlägen der rechtsunabhängigen und rechtssozialistischen Führer. Das, trotzdem die Entwicklung der Dinge täglich danach zeigte und ein Teil des Proletariats, der das schon erkannt hatte, sich in die Irre verlaufen hätte, wenn es nicht geschehen wäre. Das hätte bedeutet den Verzicht auf einen wichtigen Faktor im Revolutionierungsprozess der linksunabhängigen Arbeitermassen, auf die Aufstellung lebendiger Beispiele kommunistischer Politik. Das hätte bedeutet die Verschwendung auf Aufklärungsarbeit innerhalb der KPD. Denn das wird niemand ernsthaft behaupten können, daß es in einer politischen Partei, die Wert auf politische Aktivität in einer ganz bestimmten Richtung legt, wie es die KPD. war und heute noch ist, möglich sei, als Fraktion eine aktive, selbständige Politik zu betreiben, die insbesondere in entscheidenden Situationen hinrenter entgegensteht ist der Politik der Mehrheit der Parteiapparat beherrschenden Führer und Zentralorgane der Partei.

Genade die Genossen der früheren linken KPD. haben das erfahren anlässlich des Verfalls der rechten KPD. Führer in der KPD. hätten sie damals schon an der Seite der KPD. die Parole gegen die Zentralverwaltung, die Parole auf Fortschritt bzw. Revolutionierung des Kampfes ausgesprochen, dann wäre schon damals die Spaltung von den Rechten eingetreten. Und nicht zuletzt ist es doch die Erkenntnis gewesen, daß zur praktischen Durchführung der als richtig erkannten kommunistischen Politik organisatorische Selbständi-

Einige Genossen werden vielleicht dieser Beweisführung entgegenhalten die Fehler, die die KPD. oder Teile derselben in der Parlaments- und Gewerkschaftsfrage gemacht haben. Aber diese Fehler, die gemacht wurden in einem hochwichtigen Prozess des Suchens nach der richtigen kommunistischen Taktik, ein Prozess, der auch nur als selbständige Partei durchgeführt werden konnte, beweisen nichts für Levis Theorie, sondern mahnen höchstens, daß sie bei einer früheren Gründung der kommunistischen Partei eher überwunden gewesen wären, und daß dann vielleicht ein geringerer Teil des deutschen Proletariats in KPD.-istischer Verzeiwungspolitik herumirren würde.

Wir sagen also: Gerade die Erfahrungen der kommunistischen Bewegung in Deutschland lehren: Die Gründung der kommunistischen Partei kann niemals zu früh erfolgen. Sie muß, selbst um den Preis, das Obium des Spaltens auf sich zu nehmen, unter Trennung von einer sozialdemokratischen Partei geschaffen werden, wenn eine zugehörige revolutionäre Situation, die die Massen in Bewegung gebracht hat, nach kommunistischen Kampfparolen und nach einer kommunistischen Taktik auf allen Gebieten der Arbeiterbewegung verlangt.

Der Genosse Levi findet die erfolgte Spaltung von der Serratigruppe für unrichtig. Soweit er das mit den Erfahrungen der deutschen Partei begründet, haben wir schon das Gegenteil nachgewiesen. Was wir von den italienischen Genossen als Lehren aus unseren Erfahrungen zu übermitteln haben, das ist das, was in den Leitlinien des 2. Kongresses der 3. Internationale zur Taktik der KPD. insbesondere in den Parlamenten und Gewerkschaften niedergelegt worden ist. Das mögen unsere italienischen Genossen verwerfen und sie werden den Weg zur Gewinnung der Arbeitermassen schneller und mit weniger Beschwerden wie wir beschreiben.

Es wäre noch zu erwägen, ob Serrati und andere Führer seiner Gruppen wirklich Opportunisten sind. Das steht heute nach genauer Information fest, daß die Politik der Führerschaft der Serratigruppen durchaus der der KPD. entspricht. Sie haben sich nur, gezwungen durch die im italienischen Proletariat besonders starken Sympathien für Materuskland mit großer Geschicklichkeit darauf eingearbeitet, ihre opportunistische Politik mit einem Lippenbekenntnis zur kommunistischen Internationale zu verbinden. Auch jetzt treiben sie dieses Spiel weiter und versuchen den Arbeitermassen die Möglichkeit einer Verständigung mit der kommunistischen Internationale vorzutäuschen. Jede Stellungnahme der KPD. in dieser Richtung erleichtert dieses Spiel.

Unsere italienischen Genossen haben die Gründung der italienischen Sektion der kommunistischen Internationale in den richtigen Grenzen vollzogen. Sie haben jetzt die Aufgabe, die noch hinter der Führergruppe Serrati stehenden Arbeitermassen durch das lebendige Beispiel kommunistischer Politik, durch scharfe Kritik an der Politik der opportunistischen Führer und durch freundschaftliche Ratschläge an die Arbeitermassen zu gewinnen.

Wir schließen dieses Kapitel mit den Worten Sinowjenski:

„Die kommunistische Internationale wird zur Kampforganisation der revolutionären Arbeiter. Wir brauchen Kämpfer und nicht Diplomaten.“*)

*) Levi, Der Zerfall der Internationale, S. 26, E. 22.